

Beschluss der 28. ordentlichen Vollversammlung des Landesjugendringes Niedersachsen e.V. am 05.03.2005

Für ein gebührenfreies Studium

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 26. Januar 2005 wurde das Verbot der Bundesregierung zur Einführung von Studiengebühren für das Erststudium aufgehoben.

Die Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen e.V. lehnen Studiengebühren ab, weil sie Ungleichheiten manifestieren, bildungs- und wirtschaftspolitisch in die falsche Richtung führen und ein gesellschaftlich unverzichtbares soziales und politisches Engagement verhindern bzw. erheblich erschweren.

Hintergrund für diese Positionierung sind folgende Beobachtungen:

- In kaum einem EU-Land ist die Kopplung von Bildungschancen und sozialer Herkunft so ausgeprägt wie in Deutschland. Damit entscheidet die soziale Herkunft besonders stark über den Zugang zur Hochschulbildung. Dieser Umstand würde mit der Einführung von Studiengebühren verschärft, da die Entscheidungsfindung junger Menschen bezüglich der Aufnahme eines Studiums wesentlich durch die finanziellen Möglichkeiten ihrer Herkunftsfamilie beeinflusst würden.
- Die Notwendigkeit, durch Nebentätigkeiten Lebenshaltungskosten und Studium - zumindest einen Teil davon - finanzieren zu müssen, ist für über 60% der Studierenden bereits jetzt Realität. Studiengebühren werden viele vom Studium ausschließen, bei anderen die Studienzeiten verlängern. Sozial schlechter gestellte Studierende sind sehr viel stärker betroffen als sozial besser gestellte.
- Aufgrund von Studiengebühren werden Studierende ihr gesamtgesellschaftliches bzw. ehrenamtliches Engagement einschränken - wenn nicht gar aufgeben - müssen, um die Studienzeit nicht noch zu verlängern und um sich mit zusätzlichen Nebentätigkeiten das Studium überhaupt leisten zu können. Finanzieller Druck ließe den meisten keine Zeit mehr, sich gesellschaftlich oder politisch zu engagieren. Die objektiv

festzustellende Notwendigkeit des Ausbaus eines bürgerschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft wie auch das politische Bekenntnis der niedersächsischen Landesregierung, förderliche Rahmenbedingungen für ein ehrenamtliches Engagement junger Menschen zu schaffen, werden durch die Einführung von Studiengebühren konterkariert.

Die Schaffung von Rahmenbedingungen und die Bereitstellung von Ressourcen für die Bildung der jungen Generation sind gesamtgesellschaftliche Aufgaben und kommen im Umkehrschluss der gesamten Bevölkerung zugute. Entsprechende Mittel sind daher über eine veränderte Prioritätensetzung in der Haushaltspolitik bereitzustellen.

Die Jugendverbände fordern die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements von jungen Menschen auch im Rahmen von Studienzeiten.